

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südb., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expéditeur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Zeit-Seite bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 21. August.

Die Commission für die Arbeiterfrage — so wird die fragliche Commission im ministeriellen Organe gewöhnlich genannt — wird und trotz der wenig sanguinischen Hoffnungen, mit denen wir ihr Zusammentreten begrüßt haben, noch mehrfach beschäftigen müssen. Wir glauben nun den Wünschen unserer Leser entgegenzukommen, wenn wir ihnen zunächst die Urtheile der Presse, so weit diese sich bereits geäußert, vorführen.

Von den Berliner Zeitungen waren es bis jetzt nur die ministerielle „Morde. Allg. Ztg.“ und die zum linken Flügel der liberalen Partei gehörige „Berl. Ref.“, welche sich in dieser Sache ausgesprochen haben.

Das erstere Blatt, nachdem es sich darüber beschwert, daß die Fortschrittspresse, die doch so schnell bei der Hand sei, wo es etwas zu tadeln gebe, sich so schweigsam verhalte in einer Sache, wo es selbstständige Gedanken zu Tage zu fördern gelte, fährt fort wie folgt:

In der That, die Aufgabe der Commission ist eine große und schwierige.

Es kann sich für sie allerdings nicht darum handeln, das Unmögliche möglich zu machen und einen Gegensatz ausgleichen zu wollen, der, wie die socialen Verhältnisse gegenwärtig liegen, unansgleichlich ist: den Gegensatz zwischen Capital und Arbeit; — aber es wird sich darum handeln, den Versuch zu machen, einen Weg zu finden, auf welchem dieser Grundsatz milder schroff hervortritt, die Kämpfe zwischen beiden Gegnern milder schmerzlich für dieselben und milder gefährlich für die Gesamtheit des Staatskörpers werden, als es bisher der Fall war.

Die Commission wird sich speciell mit der Erwägung zu beschäftigen haben, ob das Coalitionsrecht zum Zweck der Arbeitseinstellung zu diesem Ziele führen würde.

Wir sind allerdings der Ansicht, daß dies Recht, auf welches der Arbeiterstand so große Hoffnungen setzt, demselben gewährt werden müsse.

So lange die Gesellschaftsordnung eben nur auf dem durch die Principien von 1789 herbeigeführten Individualismus beruht, würde es eine Ungerechtigkeit und eine Gefahr sein, die Freiheit des Individuums in dem Gebrauch seines eigenen Rechtes zu beschränken, des Rechtes in der freien Disposition über sein Eigenthum: seine Arbeitskraft.

Wir sagen: eine Ungerechtigkeit; — denn der Staat fordert von dem Arbeiter die Steuern und die Pflicht der Landesvertheidigung, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, wie sich innerhalb einer gewissen Sphäre das Einkommen des Arbeiters auf und ab bewegt.

Und wir sagen: eine Gefahr; — denn wenn diese Ungerechtigkeit eine so zahlreiche Klasse der Staatsbürger trifft, so würde es eine naturgemäße Consequenz sein, daß diese Ungerechtigkeit endlich zu denselben Zuständen des Staatslebens führt, durch welche in Frankreich der dritte Stand seine Gleichberechtigung mit den bevorzugten Ständen herbeiführte.

Dennoch muß man sich vor dem Gedanken hüten, daß das Coalitionsrecht und die daraus entspringenden Arbeitseinstellungen nun auch wirklich das Universalheilmittel seien, die socialen Verhältnisse der Arbeiter zu verbessern, und man darf nicht ohne Weiteres annehmen, daß der Gebrauch dieser Waffe nicht oft genug für den Arbeiter selbst eher gefährlich, als nützlich sein könnte.

Wir sind gewiß der Ansicht, daß die Reclamationen der Arbeiter häufig nur zu begründet sind, daß dieselben in ihrem Einkommen nicht die beiden Bedingungen finden, die dasselbe bieten sollte: die Befriedigung der Bedürfnisse des täglichen Lebens und die Möglichkeit, Ersparnisse für die Zukunft zu machen. Aber so lange es kein Mittel giebt, die Handlohnstrafen zu verhalten, so lange es nicht möglich ist, die Consumption stets mit der Production gleichen Schritt halten zu lassen, und fortdauernd das gleiche Arbeitsquantum einer gleichen Zahl von Arbeitern zu überweisen, so lange wird es kein Mittel geben, zu verhalten, daß Zeiten eintreten, wo die Arbeit weniger begehrt ist und der Arbeitslohn sinkt.

Auch das Coalitionsrecht und die Arbeitseinstellung werden da nicht helfen, sie werden das Uebel eher verschlimmern, und es wird daher um so notwendiger sein, daß der Arbeiter von diesem Rechte nur dann Gebrauch mache, wenn er wirklich eine Aussicht auf Erfolg hat.

Das Beispiel anderer Länder lehrt uns, daß die Arbeiter bei ihrem Streben, eine Erhöhung ihres Lohnes zu erzielen, nicht erst alle Mittel erschöpfen, die sich ihnen darbieten, um zu einer Verständigung mit ihren Arbeitgebern zu gelangen, daß sie vielmehr den Kampf gegen das Kapital als ihre recht eigentliche Aufgabe ansehen, und nicht bedenken, daß es eine Verständigung mit dem Kapital ist, welche sie suchen müssen.

Denn in dem Kampfe gegen das Kapital werden die Arbeiter-Coalitionen jedesmal unterliegen, weil in diesem Kampfe noch ein zweiter Gegner gegen den Arbeiter auftritt, numiderstehlich und unerbittlich: die Sorge für das tägliche Brod. Und dieser Gegner wird den Arbeiter, nachdem derselbe freiwillig auf sein Einkommen verzichtet, Zug um Zug matt setzen und ihn, nachdem die mühevollen Ersparnisse vieler Tage aufgeschehrt sind, in noch schlimmerer Lage als zuvor, dem Kapital überliefern.

Es wird somit im Interesse des Arbeiters liegen und im Staatsinteresse zugleich, dies zu vermeiden, die Arbeitseinstellungen für den Arbeiter mit möglichst geringen Opfern zu verbinden und überhaupt die Arbeitseinstellungen so viel wie möglich auf solche zu beschränken, aus denen für den Arbeiter wirklich ein Vortheil zu erwarten ist.

Hiermit werden wir uns in der nächsten Nummer beschäftigen.

Die „Berl. Ref.“ hebt zunächst tadelnd hervor, daß der Commission keine Vorlagen von Seiten der Regierung gemacht würden, und fährt dann, von den Mitgliedern der Commission sprechend, wie folgt fort:

Als was kommen sie zusammen? das wird oder sollte die erste Frage der morgen Beclamellen sein. Sie sollen — so scheint es — die Vertreter der Arbeitswelt in Preußen sein, aber sie sind — so ist es — nur die Vertrauensmänner des Ministeriums. Es mag sein, daß dieses mit unparteilicher Hand aus den verschiedensten Schichten der socialen und selbst der politischen Anschauung gewählt hat; das ersetzt aber heut zu Tage doch die einzig probenhaltige Legitimation nicht,

welche aus Wahlen hervorgeht und dessen mögen die Mitglieder dieser Commission zunächst eingedenk sein — sie vertreten nur sich und daraus fließt naturgemäß als ihre erste Aufgabe die Prüfung, in wie weit ihre jetzige Zusammensetzung offenbare Lücken zeigt und ob ganze Arbeiterklassen draußen vor den Thüren des Portals 1 stumm leben gelassen worden sind?

Ein Blick lehrt die Nothwendigkeit dieser Frage. Ja, die gesamte riesengroße Klasse der ländlichen Arbeiter, mit ihrer riesengroßen Last socialer Noth und Hilfsbedürfnisses, ist nur vertreten durch zwei Arbeitgeber, Mitglieder des Landesökonomiecollegiums, und bekannte Industrielle des platten Landes. Und doch wie werthvoll ist es, daß diese zwei Namen sich in der Liste der Eingeladenen befinden, denn sie lehren, daß die Regierung selbst eine Verechtigung, wenn auch nur mit sehr leiser Kopfschüttel, anerkannt hat; die Coalitionsfrage in der Weise, wie das der Abg. Becker mit seinem Amendement bereits bei der Verhandlung in der Landesvertretung gethan hat, auch hinanzuerstrecken auf jene großen Bevölkerungsschichten, bei denen die Coalition, die Arbeitseinstellung zu einer politischen Frage ersten Ranges emporwächst. Denn eng mit ihr verknüpft ist dort die Reform der ländlichen Polizei, der ländlichen Gemeindeordnung, die Polistiftung endlich, die Erhebung in den Staatsbürgerstand für die größere Hälfte der männlichen Bevölkerung in Preußen, bei welcher der Begriff der freien Arbeit seit dem gewaltigen Schritte der ersten Jahre dieses Jahrhunderts, seit Aufhebung der Leibeigenschaft, in Verkümmern, in Verkümmern gerathen ist.

Mit diesen beiden Vorfragen, einer geordneten und nicht bloß verordneten Vertretung der Arbeiterinteressen in gewählten Körperschaften, und einer Förderung des vollen Rechtes auch für diejenigen Arbeiterschichten, welche bei dieser Vertretung nicht zum Worte berufen sind — mit diesen beiden Vorfragen hätte nach unserer Meinung die Commission, mag sie nun von der Regierung dazu aufgefordert werden oder nicht, sich zuerst zu beschäftigen. Aus dieser Diskussion erst wird sie Klarheit über ihre eigene Bedeutung erlangen.

Die Coalitionsfrage selbst läßt sich dann beifällig in einer Frühstückspause erledigen: gleiches Recht und gleiche Freiheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie für jeden Andern im Staate, nicht nur für Arbeit oder Nichtarbeit, sondern für jede Thätigkeit des bürgerlichen Verkehrs — mit einem Worte: die Gleichheit vor dem für Alle gleichen Gesetze.

Deutschland.

* Berlin, 21. Aug. [Zum Ergebnis der Unterhandlungen] verlantert auch immer nichts Bestimmteres. Da jedoch den bisherigen Annahmen (daß man sich eigentlich nur über eine Regelung des Provisoriums verständigt hat) von keiner Seite widersprochen wird, so liegt kein Grund vor, an der Richtigkeit jener Annahme zu zweifeln. Auch wird aus Salzburg vom 20. d. telegraphirt, daß die in Gastein getroffene Uebereinkunft „über eine neue Organisation des Provisoriums in den Herzogthümern“ an diesem Tage von beiden Monarchen genehmigt wurde.

Anwesend waren am 20. d. in Salzburg: Der Kaiser von Oesterreich, der König von Preußen, König Ludwig von Baiern, der Großherzog von

Hessen-Darmstadt, der Großherzog von Oldenburg, verschiedentliche Erzherzöge, Bismarck und Mendorf.
— [Die Commission für die Arbeiter-Angelegenheiten] hielt heute ihre erste Sitzung; es war uns jedoch bei dem strengen Ausschluß der Öffentlichkeit und da unsere Partei in der Commission nicht vertreten ist, nicht möglich, irgend etwas über das Vorgekommene zu erfahren.

— [Den Nationalverein betreffend] schreibt sehr mit Recht die Berliner Reform:

„Wie man aus einer gelegentlichen Bemerkung der „Deutsch. Allg. Ztg.“ erfährt, waren während des Schließens in Bremen Mitglieder des Nationalvereins zu einer Beratung darüber zusammengetreten, ob nicht der Verein in eine „Preussische Partei“ umzuwandeln sei? — Bedenkliche Wünsche treten auch anderwärts in der Presse auf und in der That ist es Zeit, daß die Verleinerung, die schon im vorigen Jahre in Eisenach es zu so jämmerlichen Resultaten brachte, endlich einem ehrlichen Bruch Platz mache.

Der Nationalverein war von vorn herein nichts anderes, als die preussische Partei, der es gelang, einige einseitige „Führer“ der alten Demokratie in ihr Netz zu locken — jenes unverbesserliche Gotthaerthum, welches trotz aller Enttäuschungen und aller Fußtritte immer wieder von der Bahn der preussischen Spitze befallen wird. Das Komische bei der Sache ist, daß diese Leute die besagten Enttäuschungen und Fußtritte für Zufälligkeiten, für Ausflüsse der Laune dieses oder jenes Machthabers in Preußen halten, nicht aber begreifen wollen, daß besagte Enttäuschungen und Fußtritte die notwendigen Ausflüsse der innersten Natur des preussischen Staatswesens sind. Es sollen sich doch eine preussische und eine österreichische Partei constituiren! Dann wird das Volk deutlich erkennen, daß nur die radicale Demokratie in Deutschland fähig ist, den Dualismus, den Krebschaden unseres Vaterlandes, zu überwinden.

— [Gegen die Demokratie], zunächst gegen Herrn Professor Edart, von dem wir und nach uns verschiedene andere Blätter eiliche Reden und Artikel gebracht, wendet sich die „Volks-Zeitung“ in einem besondern Leitartikel. Es ist das Charakteristischste, was es giebt, daß diese Leute sich selbst dann erheben, wenn man nichts weiter von ihnen verlangt, als was das Geringste für eine politische Oppositionspartei ist: daß sie wenigstens den vollen gesetzlichen Boden ausnütze, um zum Ziel zu kommen. Wir sind keine Fanatiker des „geleglichen Bodens“ (worüber wir uns demnächst aussprechen werden); allein darin fehlen doch alle einig sein, daß so weit das bestehende Recht Handhaben zur Durchsetzung der Parteizwecke bietet, man dieselben benutzen sollte. Aber nein! Auch das ist diesen Leuten „zu gewagt!“

Fenilleton.

„De la capacité politique des classes ouvrières“ par C. J. Proudhon.

(„Ueber die politische Befähigung der arbeitenden Classen“
von C. J. Proudhon.)

Unsere Leser werden sich erinnern, daß seinerzeit unser Pariser H.-Correspondent dieses Buch einer Kritik unterwarf. Wir finden nun eine Besprechung desselben in der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche wir gleichfalls mittheilen zu sollen glauben und daher zum größten Theile nachstehend folgen lassen:

Man kann dieses Werk Proudhon's nicht lesen, ohne daß sich Einem das Gefühl aufdränge, der bewährte Publicist müsse bei der Abfassung desselben eine Vorahnung davon gehabt haben, daß das in Rede stehende Buch sein Schwanengesang sein sollte, so offen und bestimmt spricht er darin an mehreren Stellen die eigene Ueberzeugung von der hohen Bedeutung desselben aus. Und von hoher Bedeutung ist es darin auch in der That allerdings, denn das Ziel, das sich der Verfasser gesteckt hat, ist kein anderes, als einmal nachzuweisen, welche Stelle der arbeitenden Klasse auf der politischen Scene zugesallen ist, und zweitens die von derselben repräsentirte Idee und die humanitäre Mission zu präcisiren, zu deren Erfüllung die arbeitende Klasse berufen ist.

Vor 1789, sagt Proudhon, gab es zwischen dem absoluten Monarchen und der großen Masse der städtischen und bürgerlichen Arbeiter eine Reihe von Zwischengliedern, zunächst dem Könige den Adel, dann weiter die Geistlichkeit und drittens die Bourgeoisie oder den dritten Stand; der große Haufen der Arbeiter konnte nicht

— [Zu den politischen Ausweisungen.] Der Minister des Innern hat verfügt, daß ihm künftig alle „Ausweisungen wegen politischen Verhaltens“ erst zur Genehmigung unterbreitet werden sollen.

— [Weitere Anklagen gegen den „Social-Demokrat“], beziehungsweise dessen verantwortlichen Redacteur, sind erhoben wegen Nr. 94 nach § 101, wegen Nr. 95 nach § 87 und § 102, wegen Nr. 96 nach § 87 und wegen Nr. 111 nach § 100 und § 102 des Strafgesetzbuches. Merkwürdigkeithalber lassen wir nachstehend eine Zusammenstellung der in den letzten Wochen gegen den „Social-Demokrat“ erhobenen Anklagen folgen. Solche fanden statt:

- 1) wegen Nr. 66 nach §. 100, 102.
- 2) „ 93 „ 87.
- 3) „ 94 „ 101.
- 4) „ 95 „ 87, 102.
- 5) „ 96 „ 87.
- 6) „ 99 „ 101.
- 7) „ 102 „ 101, 102.
- 8) „ 103 „ 87, 101, 102.
- 9) „ 111 „ 100, 102.

Jede Bemerkung zu dieser Zusammenstellung wäre überflüssig; sie spricht laut genug für sich allein.

* Wien, 21. August. [Zur deutschen Frage] äußert sich in dem zu Pesth erscheinenden „Politikal Heft“ der Baron Joseph Cötöcs unter dem Titel: „Ist ein deutsches Central-Parlament zu Frankfurt mit einem österreichischen Central-Parlament zu Wien vereinbar?“ Der Artikel schließt wie folgt:

Und aus allen diesen Gründen sprechen wir darum die Ueberzeugung aus: So wie wir keine andere Lösung der deutschen Frage kennen, als daß die gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands mit Einflußnahme der Vertreter des deutschen Volkes entschieden werden, ebenso können wir uns für die gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands eine gemeinsame Legislative nicht anders vorstellen, als wenn daran jene österreichischen Provinzen theilnehmen, die veranlaßt ihrer Nationalität und nach dem bestehenden europäischen Staatsrecht einen integrierenden Theil Deutschlands bilden. Wir fragen nun, wie verträglich dies mit dem Bestreben, jene Provinzen durch ein gemeinsames Parlament mit den Ländern der ungarischen Krone zu einem einheitlichen Staat zu verschmelzen?

Es ist allerdings unzweifelhaft, daß auch in dem Falle, wenn der zum deutschen Bund gehörige Theil Oesterreichs seine Vertreter zur gemeinsamen Legislative entsendet, darum doch die beständig mehrfachen Interessen und Fragen bestehende Gemeinsamkeit zwischen Ungarn und der Hälfte der Monarchie jenseits der Leitha nicht schwindet. Die mit der pragmatischen Sanction übernommenen gemeinschaftlichen Pflichten sind das Ergebnis

unserer ganzen Vergangenheit wie unserer gegenwärtigen Lage, und in keinem Falle können wir Institutionen entbehren, welche die gemeinsame Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten ermöglichen. Das erkennen wir an, gleichviel ob es durch von der ungarischen und der österreichischen Gesetzgebung delegirte Bevollmächtigte geschehe, die mit der gemeinschaftlichen Discussion dieser präcis zu bezeichnenden Gegenstände, im Nothfalle auch mit deren Entscheidung betraut sind, oder ob es auf eine andere Weise geschehe. Zu einem gemeinsamen Parlament aber, d. h. zu einer Legislative, in welcher die volle gesetzgebende Gewalt des Volkes vertreten ist, und wodurch die beiden Hälften der Monarchie zu einem einheitlichen Staate gestaltet würden, kann jener Körper so lange nicht werden, als nicht der Zusammenhang, in welchem ein Theil Oesterreichs mit Deutschland steht, abgebrochen wird.

Der gewesene Staatsminister, der nachdem er jahrelang an der Durchführung der Februar-Versaffung gearbeitet, nun vor Kurzem die Vertreter der deutschen Universitäten dazu anseuerte, die Jugend so zu erziehen, daß sie würdige Repräsentanten für die deutsche gemeinsame Legislative liefere, scheint über den Gegenstand anders zu denken, wie auch jener Staatsrechtsgelehrte, der, ohne ausführlichere Beweisführung, nur einfach behauptet, daß ein deutsches Parlament in Frankfurt und ein österreichisches Central-Reichsparlament in Wien sich mit einander vertragen. Wir aber sind jetzt wie immer überzeugt, daß die Einheit Deutschlands, von dem die eine Hälfte der Monarchie einen integrierenden Theil bildet, und die Einheit der Monarchie im wirklichen Gegensatz zu einander stehen, daß ein gemeinsames Parlament in Frankfurt, als Repräsentant der deutschen Einheit, und ein gemeinsames Parlament in Wien, als Repräsentant der Einheit der Monarchie, einander widersprechende Begriffe sind. Darum also, und weil es nicht in der Macht Oesterreichs liegt, die Einheitsbestrebungen Deutschlands zu machen, weil es aber auch nicht im Interesse Oesterreichs liegt, aus Deutschland auszuscheiden, eben darum glauben wir, daß es keine andere Aufgabe haben kann, als jenes unausführbare Streben nach Einheit der Monarchie aufzugeben und dafür nur die um so größere Festigung der Machtstellung der Monarchie sich zum Ziele zu setzen.

Der Herr Baron kann sich beruhigen. An dem Tage, wo die deutsche Einheit zur Wahrheit geworden, wird man sich in Europa vergeblich nach einer Habsburgischen Monarchie und daher auch vergeblich nach einem österreichischen „Central-Parlament“ umsehen.

Ausland.

* Paris, 19. Aug. [Tagesbericht.] Das Ereigniß des Tages — wenn dieser Ausdruck nicht zu stark ist, bilden die Cherbourger Reden mit ihren Verständigungs- und Verbrüderungs-Loasten, von denen sich die politischen Ränder „heilame Folgen“ versprechen. — Dem „Memorial Diplomatique“ zufolge hat Oesterreich gegen die Anerkennung

auf der politischen Scene figuriren, denn er gebtete sich nicht selbst, sondern hing mehr oder weniger von einem Patron, einem Outherrn, einem Bischöfe, einem Abte oder von dem Fiskus ab. Die Revolution hat dieses Band der Vormüßigkeit durchschneiden, und seit dieser Zeit hat das Volk, sich selber überlassen, im Gegensatz zu der bestehenden Klasse der Kapitalisten, den Stand der Proletarier ins Leben gerufen.

Der Socialismus, der sich 1848 dieser Klasse bemächtigte, hat ihr die erste Form gegeben; er hat eine eigene besondere Körperschaft daraus gemacht und ihr einen Gedanken, eine Seele eingehaucht; mit einem Wort, der große Haufe, der bis zu diesem Zeitpunkt Nichts war, den man kaum recht von der Bourgeoisie unterschied, obwohl er rechtlich und thatsächlich seit 1789 von derselben getrennt war, ist mit einem Schlage und gerade in Folge seiner Nichtzusammengehörigkeit mit der Bourgeoisie und durch seine Opposition gegen die Klasse der Besitz von Grund und Boden und die Ausbeuter der Industrie, Etwas geworden, was davon Zeugnis ablegt, daß er eigene Ideen und einen eigenen Willen besitzt. Die Idee ist die Befreiung der Arbeit durch das Kapital, sein fester Wille geht auf die Vefetigung des Elends.

Wir wollen uns erlauben, die wahrhaft ergreifende Parallele, die Proudhon zwischen der faulen Bourgeoisie und der arbeitenden Klasse zieht, hier wiederzugeben, wobei wir den leisen Wunsch nicht unterdrücken können, auch unsere, zum großen Theil nicht — christliche Bourgeoisie, die sich in recht unbegreiflicher Weise von Jahr zu Jahr immer breiter zu machen angefangen hat, möchte sich an diesem Spiegelbild eine Lehre nehmen.

„Die Bourgeoisie, die reich ist, die besitzt, die kann und weiß, hat von sich selbst Nichts zu sagen; seit sie aus ihrem alten Medium herausgetreten ist, erscheint sie ohne Bestimmung, ohne historische Rolle, sie hat keinen Gedanken, keinen Willen mehr.“
„Nach der Reihe, wie es ihr gerade paßt, revolutionair und conservativ, republikanisch und legitimistisch, doctrinair und justo-milieu, einen Augenblick von den parlamentarischen und Repräsentativformen ganz eingenommen und dann wieder jedes Verhältnisses dakbar, nie wissend, welches System das ihrige ist, und welchem Regierungssystem sie den Vorzug geben soll, alle öffentliche Gewalt nur nach den Vortheilen bemessend, die ihr daraus erwachsen, und daran mit festhaltend aus Furcht vor dem Unbekannten und zum Schutze ihrer Privilegien, in den öffentlichen Beamtungen nur ein neues Feld und neue Mittel zur Ausbeutung anerkennend, lästern nach Auszeichnungen und mehr noch nach Gehältern, voll derselben Verachtung für das Proletariat, wie sie nur je der Adel für die Bürgerlichen hatte, hat die Bourgeoisie allen Charakter verloren; sie ist nicht mehr eine durch Zahl, Arbeit und Genie mächtige Klasse, die producirt und schöpferische Gedanken hat, die commandirt und regiert, sie ist eine Minorität, die schwach, spekulirt und Börsenschwindel treibt, eine wüste, ungeordnete Masse.“
Keine Energie im Gewissen, keine Autorität im Gedanken, kein Feuer im Herzen, Nichts als die Kälte des Todes und die Impotenz des Greisenalters, das ist kurzgefaßt das Bild einer Klasse der Gesellschaft, der er voraussetzt, daß ihre Rolle aus sei, daß sie nicht fortschreiten und nicht wiedergeboren werden könne.

„Aber,“ fährt er fort, „sie möge in Ruhe und Frieden ihre Seele anshängen, in nächster Zukunft wird das Proletariat an ihre Stelle getreten sein, aber dieses Ereigniß wird nicht zum Resultat haben, daß die Bourgeoisie in dem Sinn eliminiert wird, daß zunächst ihr politisches Uebergewicht und dann ihre Privilegien, ihre